

## Positionspapier

### Energiepolitische Kernforderungen des BDI

---

Deutschland nimmt die globalen energie- und klimapolitischen Herausforderungen aktiv an. Die deutsche Industrie will sich in langfristige Strategien einbringen, um den wachsenden Energiebedarf decken zu können und den Klimawandel wirksam begrenzen und bewältigen zu helfen. Mit der Erarbeitung innovativer Lösungen sind bedeutende Chancen für unser Land verbunden. Unsere Unternehmen sind entlang der gesamten Wertschöpfungskette Weltmarkt- und Innovationsführer in Energie- und Umwelttechnologien.

*Dokumenten Nr.*  
D 0256

*Datum*  
12. Januar 2009

*Seite*  
1 von 6

Bereits in der Vergangenheit hat die Industrie entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland große Fortschritte bei der Verbesserung der Energieeffizienz und die größten CO<sub>2</sub>-Minderungen im Vergleich mit anderen Ländern erzielt hat. Dieser Pfad soll fortgesetzt werden. Dabei sind die Ziele der Versorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit und des Klimaschutzes endlich in einen angemessenen Ausgleich zu bringen. Das Ziel der globalen Wettbewerbsfähigkeit der gesamten deutschen Industrie muss auch angesichts steigender Energiepreise stärker berücksichtigt werden, um wirtschaftlichen Schaden von unserem Land abzuwenden.

Das im Koalitionsvertrag angekündigte energiepolitische Gesamtkonzept für Deutschland fehlt bislang. Dennoch hat die europäische und deutsche Energie- und Klimapolitik entscheidende Weichenstellungen eingeleitet. Im Interesse unserer Unternehmen und einer nachhaltigen Arbeitsplatzsicherung in Deutschland muss die weitere Ausgestaltung dieser Politik wirtschaftspolitisch ausgewogen sein. Dass dies erforderlich ist, unterstreicht nicht zuletzt die sich in Deutschland abzeichnende Stromlücke (vgl. Studien dena u. BNetzA) sowie die unzureichende Modernisierung unserer Energieinfrastruktur. Damit die dazu notwendigen Investitionen tatsächlich geleistet werden, bedarf es zum einen langfristig verlässlicher politischer Rahmenbedingungen. Zum anderen müssen Staat und Wirtschaft gemeinsam um die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz für diese Investitionsvorhaben werben.

---

#### 1. Sichere Energieversorgung braucht breiten Energiemix

Angesichts einer weiter wachsenden Bevölkerung und einer rasanten Wirtschaftsentwicklung insbesondere in den Schwellenländern wird der Energiebedarf global weiter wachsen. Dies bestätigen alle nationalen und internationalen Untersuchungen: So gehen sowohl die Internationale Energieagentur (IEA) als auch die Energy Information Administration (EIA) des US-Energieministeriums von einer Steigerung des globalen Primärenergieverbrauches bis zum Jahr 2030 von 55 % aus; der Stromverbrauch wird sich im gleichen Zeitraum dabei

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Telekontakte*  
T: 030 2028-1595  
F: 030 2028-2595

*Internet*  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

*E-Mail*  
[C.Rolle@bdi.eu](mailto:C.Rolle@bdi.eu)

verdoppeln. Der Weltenergieericht rechnet in seiner jüngsten Langfrist-Szenarienstudie bis zum Jahr 2050 sogar mit einer Verdopplung des weltweiten Primärenergieverbrauches.

Dabei sind die klassischen Energieressourcen begrenzt. Deshalb werden alle Energieressourcen – fossil, regenerativ und nuklear – für die Energiebedarfsdeckung benötigt. Da Deutschland auf Energieeinfuhren angewiesen ist – 62 % des deutschen Primärenergieverbrauches werden durch Importe gedeckt - sollte unter Versorgungsgesichtspunkten ein ausgewogener Energiemix angestrebt werden; dieser muss heimischen Energiequellen nutzen, die Importe diversifizieren und neue Energiequellen erschließen. Ein nahezu gleichzeitiger Ausstieg aus der Kernenergie und aus dem Neubau hoch effizienter Kohlekraftwerke stellt die Erzeugung preisgünstiger Grundlastenergie für die Industrie in Frage. Die fortgesetzte Verschiebung des Energiemixes zugunsten kostenintensiver Mittel- und Spitzenlastkraftwerke verteuert strukturell die Stromerzeugung und belastet erheblich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Grund- und Werkstoffindustrien.

## **2. Die Energieversorgung wettbewerbsfähig gestalten, damit Industrie in Deutschland Zukunft hat**

Energieintensive Industrien sind industrielle „Kerne“ in Deutschland, die sich auch durch einen besonders effizienten Umgang mit Energie auszeichnen. Sowohl die Bedeutung der Industrie für die Wirtschaft insgesamt als auch der Beitrag dieser energieintensiven Branchen zur Wertschöpfung ist in Deutschland deutlich größer als in allen vergleichbaren Staaten Westeuropas und auch der USA und Japans. Die energieintensiven Branchen sind dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Um ihn bestehen zu können und um eine Erosion der Produktionsgrundlagen zu verhindern, muss die Politik umsteuern und die Energiepreise, insbesondere den Strompreis, als einen wichtigen Wettbewerbsfaktor anerkennen. Dies würde sich positiv auf alle weiteren Wertschöpfungsstufen auswirken.

Die Höhe der Energiekosten und die politischen Belastungen auf den Produktionsfaktor Elektrizität beeinträchtigen massiv die Attraktivität Deutschlands als Industriestandort. Im europäischen Vergleich liegen wir mit unserem Energiepreisniveau in der Spitzengruppe. Insbesondere stromintensive Unternehmen aus Deutschland haben erhebliche Wettbewerbsnachteile hinzunehmen, da ihren Wettbewerbern in anderen europäischen Ländern häufig sehr viel niedrigere Strompreise eingeräumt werden. Aktuelle politische Entscheidungen (Novellierung der Emissionshandelsrichtlinie, Kernenergieausstieg, Förderung erneuerbarer Energien etc.) heizen die Energiepreisentwicklung weiter an. Die Politik ist aufgerufen, die vorhandenen Belastungsbegrenzungen beizubehalten und zusätzlich kostendämpfende Perspektiven zu schaffen, um industrielle Produktion in Deutschland zu erhalten. Insbesondere eine Verlängerung der Kernenergielaufzeiten würde, richtig ausgestaltet, weitere Belastungen für Arbeitsplätze und Investitionen vermeiden.

### **3. Klimaschutz mit der Wirtschaft umsetzen – Emissionshandel ohne Wettbewerbsverzerrungen**

Der Anteil Deutschlands an den weltweiten energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen liegt bei < 3 %, mit weiter fallender Tendenz. Eine 30 % Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 ist ehrgeizig, aber mit erheblichen Investitionsanstrengungen möglich und wirtschaftlich vertretbar. Unverzichtbare Voraussetzung ist, dass alle Sektoren ihren Beitrag liefern und die Politik einen angemessenen Rahmen setzt. Aus Gründen der Kosteneffizienz sollten alle wesentlichen technischen Vermeidungshebel im Einklang mit den regulären Investitionszyklen umgesetzt werden. Andernfalls würde Kapital vernichtet. Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 % ist ohne die weitere Nutzung unserer sicheren Kernkraftwerke volkswirtschaftlich nicht verantwortbar. Dies ist auch eines der Ergebnisse der vom BDI beauftragten McKinsey-Studie zu kosteneffizienten Treibhausgas-Vermeidungshebeln in Deutschland.

Die Novelle der EU-Emissionshandelsrichtlinie droht zu einem weiteren Anstieg der Zertifikatspreise zu führen. Rat und Parlament haben sich auf einen Kompromiss geeinigt, der ab 2013 die Auktionierung von Emissionsrechten in der Energiewirtschaft vorsieht. Auch das verarbeitende Gewerbe soll bis 2027 bis auf wenige Ausnahmen voll dem Prinzip der Auktionierung unterliegen. Der BDI kritisiert besonders, dass die Beurteilung des Carbon Leakage-Risikos, also die Frage, ob aufgrund steigender Kosten durch den Emissionshandel innerhalb der EU Produktionsverlagerungen ins Ausland drohen, künftig anhand sehr komplexer und schwer kalkulierbarer Kriterien erfolgen soll. Hinzu kommt, dass der gestufte Einstieg in die Versteigerung bei den Stromversorgern nur einigen Mitgliedstaaten zugute kommt – dies schafft kein „level playing field“. Das Problem der sog. „windfall profits“ muss gelöst werden. Investitionssicherheit für die Zeit ab 2013 ist nicht gegeben, da nach wie vor noch viele Detailregelungen fehlen, ohne die der Richtlinienvorschlag in seinen Auswirkungen nicht zuverlässig bewertet werden kann. Es wird noch geraume Zeit dauern, bis die betroffenen Anlagenbetreiber wissen, was ab 2013 auf sie zukommt.

### **4. Energieinfrastruktur modernisieren und gesellschaftliche Akzeptanz für Zukunftsinvestitionen herstellen**

Eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung hängt davon ab, dass die Energieeffizienz stetig gesteigert wird und dass die Kapazitäten von bedarfsgerechten Kraftwerken und von Leitungsnetzen erweitert und modernisiert werden. Dies ist unerlässlich für einen ausgewogenen Energiemix. Für den Neubau von Kraftwerken, ggf. CCS-Anlagen, den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien sowie verstärkten Handel infolge des Europäischen Binnenmarktes muss das Transportnetz adäquat und zeitgerecht ausgebaut werden. Andernfalls können die hochgesteckten energie- und klimapolitischen Ziele nicht erreicht werden. Zunehmend problematisch ist die verzögernde und blockierende Rolle regionaler und lokaler Interessengruppen. Die Politik sollte stärker eine führende Rolle übernehmen und gemeinsam mit der Wirtschaft die gesellschaftspolitische Akzeptanz für die Rea-

lisierung der volkswirtschaftlich unverzichtbaren Investitionen schaffen.

## **5. Kosteneffizienz muss Maßstab für klimapolitische Entscheidungen werden - Förderrahmen entsprechend konsistent ausgestalten**

Das Ziel der Europäischen Union, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch in der EU von derzeit 8,5 % auf 20 % bis 2020 zu steigern, ist sehr ehrgeizig und nur zu sehr hohen Kosten zu erreichen. Die Anpassungskosten müssen daher europaweit minimiert werden. Erneuerbare Energien und andere junge Technologien müssen, auch unter Berücksichtigung möglicher externer Effekte, wettbewerbsfähig werden und mittelfristig ohne Förderung auskommen. In der Europäischen Union müssen die vielen nicht abgestimmten Fördermechanismen harmonisiert werden, um den Wettbewerb im Energiebinnenmarkt zu verbessern. So kann Fehlanreizen beim Bau von Anlagen an ungünstigen Standorten entgegengewirkt werden. Die Vermeidungspotenziale im Gebäudebereich und der Landwirtschaft dürfen nicht vernachlässigt werden. Die BDI-Klimastudie von McKinsey unterstreicht, dass die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten das entscheidende Kriterium einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik sind. Die Politik handelt dann verantwortlich, wenn sie das Vermeidungskostenkriterium zur zentralen Grundlage ihrer Entscheidungen macht.

## **6. Energiepolitische Maßnahmen technologieoffen gestalten und wettbewerbsneutral für Produzierendes Gewerbe finanzieren**

Der Grundsatz der Technologieoffenheit ist bei allen energiepolitischen Maßnahmen zu beachten. Die gesetzliche Bevorzugung einer Technologieoption stellt immer gleichzeitig eine Diskriminierung der Technologiealternativen dar. Welche Technologie sich durchsetzt, sollte grundsätzlich der Markt mit den unzähligen Kundenentscheidungen entscheiden. Zugleich sollten besondere Fördermaßnahmen, wie beispielsweise die Förderung erneuerbarer Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung oder spezieller Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, grundsätzlich zu keinen wettbewerbsverzerrenden Belastungen bei der Industrie führen.

Die Novelle des deutschen EEG soll dazu beitragen, in Deutschland den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf mindestens 30 % zu steigern. Grundsätzlich müsste die damit verbundene EEG-Förderung – gegenwärtig über 4,3 Mrd. € pro Jahr bei steigender Tendenz – sowie die Finanzierung weiterer indirekter Kosten des EEG wettbewerbsneutral erfolgen und dürfte nicht einseitig den Stromkunden aufgebürdet werden. Solange die Wettbewerbsneutralität so nicht gewährleistet ist, muss die besondere Ausgleichsregelung des EEG auf den stromintensiven Mittelstand ausgeweitet werden.

## **7. Wettbewerb und Investitionsanreize in der Energiewirtschaft stärken**

Marktwirtschaft und Wettbewerb sind Motor für innovative Entwicklungen und günstige Energiepreise. In den nicht dem Wettbewerb zu-

gänglichen Netzbereichen bedarf es dazu einer effektiven Regulierung. So ist für einen gemeinsamen Binnenmarkt der Ausbau der Kuppelstellen eine wichtige Voraussetzung, der dafür weiter vorangetrieben werden muss. Insgesamt muss der Wettbewerb in der Energiewirtschaft weiter verstärkt werden.

Der Staat darf jedoch nicht zunehmend die Wettbewerbsdeterminanten bzw. Marktergebnisse durch Quoten und andere Interventionen fest vorschreiben. Bereits heute ist über die Hälfte des Stromerzeugungsmixes unmittelbar staatlich beeinflusst. Vielmehr muss der Staat sich wieder auf die Formulierung langfristig verlässlicher Rahmenbedingungen konzentrieren.

Den Plan der EU-Kommission für ein eigentumsrechtliches Unbundling zwischen Produktion und Netzbetrieb lehnt der BDI wegen unverhältnismäßiger ökonomischer und rechtlicher Risiken ab. Stattdessen sollte der gesetzgeberische Spielraum genutzt werden, um das bestehende Regulierungsrecht spürbar effektiver auszugestalten. Der BDI hat hierzu einen Acht-Punkte-Plan vorgelegt (vgl. BDI-Papier „Vorschläge für mehr Wettbewerb in der Energiewirtschaft“ vom Februar 2008).

## **8. Energieforschung ist strategische Energiepolitik**

Ein breiter Energiemix sollte durch eine stetige Energieforschung begleitet werden. Sie liefert die innovativen Lösungen für die Zukunft. Energieforschung ist nicht nur für die Entwicklung der regenerativen Energien ein Schlüsselement, sondern auch für die Weiterentwicklung der bestehenden Energieversorgungssysteme und der Energieeffizienz bei Gewinnung, Veredlung und Nutzung von Energie; die weitere Steigerung der Wirkungsgrade von Kraftwerken bleibt von besonderer Bedeutung. Die Suche nach möglichst klima- und umweltschonenden Technologien schließt daher neben der Kerntechnik auch eine weitgehend CO<sub>2</sub>-arme Nutzung fossiler Energien durch CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung ein, da diese fossilen Energien in weiten Teilen der Welt noch auf absehbare Zeit die dominierende Energiequelle bleiben. Energieforschung muss möglichst breit angelegt und verstetigt werden; die Finanzierung der Forschung muss sowohl aus privaten als auch aus steuerlichen Mitteln erfolgen. Die staatlichen Forschungsmittel müssen dabei an das Niveau in konkurrierenden Wirtschaftsräumen angepasst werden (vgl. BDI-Positionspapier „Schwerpunkte der Energieforschung“ von 2007).

## **9. Chancen zur Steigerung der Energieeffizienz intelligent nutzen**

Die Steigerung der Energieeffizienz stellt eine große Chance dar, intelligent und ausgewogen die drei energiepolitischen Ziele „Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit“ zugleich zu verfolgen. Zudem bieten die Entwicklung und der globale Einsatz von Effizienztechnologien innovativen Unternehmen ganz unmittelbar große Chancen.

Die Potenziale sind, wie die BDI-Klimastudie von McKinsey differenziert belegt, sehr unterschiedlich verteilt. Insbesondere im Gebäudebestand gibt es noch große ungenutzte Potenziale für Effizienzsteigerungen. Bestehende institutionelle Hemmnisse, wie die mangelnde Möglichkeit Investitionskosten in energiesparende Gebäudesanierungsmaßnahmen auf die Mieter umzulegen (sog. Mieter-Vermieter-Dilemma) müssen daher konsequent abgebaut werden.

In der Industrie haben insbesondere energieintensive Branchen aus Wettbewerbsgründen bereits erhebliche Fortschritte bei der effizienten Energieausnutzung ihrer Kernprozesse erzielt. Hierzu haben betriebliche Energiemanagementsysteme auf freiwilliger Basis wesentlich beigetragen. Staatlicherseits sollten dem keinen neuen bürokratischen Strukturen übergestülpt werden.

Manche Teile der Industrie haben aber bei industriellen Nebenprozessen noch unausgeschöpfte Potenziale für den rationellen und nachhaltigen Umgang mit Energie. Hierzu zählen z. B. elektrische Antriebe, Pumpen oder Kompressoren, bei denen Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz besonders vielversprechend sind, ebenso wie die Vernetzung einzelner Komponenten z. B. in der Wärme-, Kälte und Druckluftherzeugung sowie in der Lüftungs- und Klimatechnik.

Flankierend zur Überwindung institutioneller Hemmnisse können staatlich bereitgestellte Informationen zum Energieverbrauch von Produkten sowie zeitlich befristete Marktanreize die Markttransparenz über die bestehenden preislichen Vorteile hinaus verbessern helfen.

## **10. Europäische Strategie für Energieaußenpolitik formulieren**

Europas Energieversorgung ist immer stärker auf Importe aus wenigen Produzentländern angewiesen. Die Sicherung der Versorgung macht eine breite Diversifizierung einerseits und eine intensive Kooperation mit den Lieferantenländern andererseits erforderlich. Hierzu ist es sinnvoll, die energiewirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Unternehmen auf nationaler Ebene außenpolitisch zu flankieren sowie zugleich das Gewicht der EU als Gegengewicht zur Anbietermacht der Produzentländer im Sinne einer koordinierten Energieaußenpolitik einzusetzen. Letztere kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, gemeinsame Ziele zu definieren und auch innerhalb der Europäischen Kommission klar die Verantwortung für eine solche Koordinationsaufgabe zu vereinbaren.

Außerdem ist es notwendig, auf allen Ebenen internationalen Tendenzen einer Reverstaatlichungspolitik im Energiebereich entgegenzutreten und für eine Offenheit für ausländische Direktinvestitionen zu werben, um so ausreichende Investitionen u. a. in Explorationskapazität zu ermöglichen.